



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Märkischen Werkstätten, des Johannes-Busch-Hauses und der Johanniter legten gestern am Freisenberg eine aktive Mittagspause ein, um ihre Forderung nach mehr Lohngerechtigkeit zu untermauern. ■ Foto: Messy

„Unsozialer Abschluss ist nicht diakonisch“

Beschäftigte des Johannes-Busch-Hauses, der Märkischen Werkstätten und der Johanniter legen „Aktive Mittagspause“ ein. Zwangsschlichtung droht

Von Martin Messy

LÜDENSCHIED • Die Lohnverhandlungen zwischen Dienstgebern und -nehmern in der Arbeitsrechtlichen Kommission des Diakonischen Werkes ziehen sich schon lange hin. Inzwischen wurde sogar ein Schlichter eingeschaltet, über dessen Empfehlung Ende Juli verhandelt wurde und der die Arbeitgeber folgen wollen. Doch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind damit nicht einverstanden. „Die Sockelbeträge für die untersten

Entgeltgruppen in Höhe von 25 Euro und 50 Euro sind so niedrig, dass durch die prozentualen Erhöhungen diese Gruppen bis 2010 nicht nur in Euro, sondern auch in Prozent stark benachteiligt werden“, sagte gestern Ulrike Busch-Heinrich, Vorsitzende der Mitarbeitervertretung des Johannes-Busch-Hauses. Gemeinsam mit Beschäftigten der Märkischen Werkstätten und der Johanniter demonstrierte sie am Freisenberg in einer „Aktiven Mittagspause“ gegen diese ihrer Meinung nach soziale Ungerechtigkeit.

„Die Diakonie hat sich soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben, aber die Forderungen der Arbeitgeberseite und auch die Empfehlung des Schlichters sorgen für soziale Ungerechtigkeit. Die Kolleginnen, die eh schon das geringste Entgelt bekommen – meistens sind es Frauen im Hausreinigungsbereich oder in der Pflegehilfe – werden stärker benachteiligt als die höheren Lohngruppen. Ein solcher Abschluss wäre zutiefst unsozial und das ist nicht diakonisch“, betonte Busch-Hein-

rich vor rund 40 Demonstranten, die auch von der Gewerkschaft Verdi, vertreten durch Dietmar Skowasch-Wiers, unterstützt wurden. Seit 2004 haben die Beschäftigten der Diakonie keine allgemeine Entgelterhöhung mehr erhalten. Wie für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst fordern die Diakoniemitarbeiter acht Prozent mehr Lohn. Im September droht die Zwangsschlichtung, die von beiden Seiten angenommen werden muss. „Wir fordern einen sozial ausgewogenen Schlichterspruch.“